

Sehr geehrte Frau Ratsvorsitzende,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrte Vertreter der Presse,

der vorliegende Haushaltsentwurf ist nicht nur genauso schlimm wie der Haushalt des letzten Jahres, er ist schlimmer. Um es etwas lapidar auszudrücken, wer glaubte, es geht nicht mehr tiefer, sieht sich in diesem Jahr einem noch „tieferen Tiefpunkt“ ausgesetzt.

Ich wollte zunächst hier vor Sie ohne ein Konzept auftreten, genauso wie der Herr Bürgermeister kein Konzept hat, wie er der desaströsen Finanzlage unserer Stadt Herr werden will.

Aber das wäre zu einfach, feige und verantwortungslos und entspricht nicht dem Stil der CDU.

Also los...

... ich möchte heute mit einem einfachen Satz beginnen:

Unsere Stadt lebt seit Jahren über ihre Verhältnisse.

Und der Haushalt 2026 zeigt deutlicher als jeder Haushalt zuvor, wohin dieser Weg führt. Lassen Sie mich das mit einem Bild erklären.

Stellen wir uns eine Familie vor.

Diese Familie verdient im Jahr 76.000 Euro. Sie gibt aber 89.000 Euro aus. Jedes Jahr fehlen also über 13.000 Euro.

Und trotzdem plant diese Familie weitere Projekte.
Neue Anschaffungen, neue Ausgaben.

Und wenn das Geld nicht reicht, wird eben ein weiterer Kredit aufgenommen. Eine Zeit lang funktioniert das. Aber irgendwann stellt sich eine einfache Frage:

Wie lange geht das noch gut?

Und genau an diesem Punkt muss eine Familie Prioritäten setzen.

Wenn zum Beispiel die Heizung kaputt ist oder das Dach undicht wird, dann muss man handeln.

Das sind notwendige Investitionen, man kommt nicht darum herum.

Man kann sogar überlegen, ob eine energetische Sanierung sinnvoll ist. Wenn sie langfristig Energie spart und Kosten reduziert, kann das eine kluge Entscheidung sein.

Aber niemand käme in einer solchen Situation auf die Idee, gleichzeitig noch das Wohnzimmer neu streichen zu lassen, die Küche auszutauschen und den Garten komplett neu zu gestalten.

Nicht weil diese Dinge grundsätzlich falsch wären. Sondern weil man sie sich in dieser Situation schlicht nicht leisten kann.

Und genau darum geht es auch bei unserem Haushalt. Nicht alles, was wünschenswert ist, kann gleichzeitig umgesetzt werden.

Gerade wenn das Geld knapp ist, müssen wir unterscheiden zwischen notwendigen Investitionen und nicht unbedingt notwendigen Investitionen. Und genau diese Priorisierung vermissen wir im vorliegenden Haushalt.

Nun höre ich an dieser Stelle häufig einen Einwand, man könne private Haushalte nicht mit öffentlichen Haushalten vergleichen.

Und formal stimmt das sogar. Eine Kommune funktioniert anders als eine Familie. Aber ein Grundprinzip bleibt gleich:

Auch eine Stadt kann dauerhaft nicht mehr Geld ausgeben, als sie einnimmt.

Wenn sie das doch tut, lebt sie von ihrer Substanz. Und diese Substanz ist irgendwann aufgebraucht. Nach der aktuellen Planung unseres Kämmerers spätestens 2030.

Ein weiterer Satz wird ebenfalls oft gesagt.

Eine Stadt kann doch gar nicht pleitegehen.

Das stimmt formal. Eine Kommune kann kein Insolvenzverfahren anmelden.

Aber daraus folgt nicht, dass Schulden keine Rolle spielen.

Denn wenn eine Kommune dauerhaft mehr Geld ausgibt, als sie einnimmt, greifen die Regeln des Kommunalrechts.

Was bedeutet das praktisch?

Dann beginnt eine Phase, die keine Kommune erleben möchte.

Der Handlungsspielraum der Stadt wird eingeschränkt. Investitionen werden begrenzt. Kreditaufnahmen stehen unter Auflagen. Und im Extremfall wird eine Haushaltssperre verhängt.

Und dann gilt ein einfacher Grundsatz:

Finanziert werden im Wesentlichen nur noch Pflichtaufgaben. Alles andere steht zur Disposition. Und das betrifft genau die Dinge, die unsere Stadt lebenswert machen.

Kultur.

Sportförderung.

Vereinsarbeit.

Freiwillige soziale Angebote.

Alle Bereiche, die für das Zusammenleben wichtig sind. Und genau diese Bereiche geraten zuerst unter Druck.

Wir reden hier übrigens nicht über ein theoretisches Szenario.

Die Stadt Ronnenberg erhält bereits heute Bedarfszuweisungen des Landes Niedersachsen. Im Haushalt sind dafür 2,31 Millionen Euro eingeplant.

Das ist eine Hilfe. Aber es ist auch ein deutliches Signal. Denn Bedarfszuweisungen erhält eine Kommune nicht, weil ihre Finanzlage hervorragend ist. Sondern weil sie strukturelle Probleme hat.

Schauen wir uns die Zahlen genauer an.

Der Haushalt weist für 2026 ein strukturelles Defizit von rund 13 Millionen Euro aus.

Doch selbst diese Zahl zeigt die Situation noch nicht vollständig.

Denn im Haushalt werden sogenannte Eigenleistungen aktiviert.

Eigene Leistungen im Baubereich der Verwaltung werden teilweise als Vermögenswert verbucht. Dies bedeutet, dass anfallende Personalkosten durch fiktive Einnahmen gegenfinanziert werden, diese Personalkosten werden dadurch faktisch vom Ergebnis- in den Finanzhaushalt überführt und durch Investitionskredite langfristig mitfinanziert.

Das ist legitim und gängige Praxis.

Aber dadurch fällt das Defizit etwa eine Million Euro geringer aus. Ohne diesen Effekt läge das strukturelle Defizit eher bei rund 14 Millionen Euro. Und selbst in dieser Rechnung sind die 2,31 Millionen Euro Bedarfszuweisungen bereits enthalten.

Das heißt:

Ohne diese Effekte läge das Defizit 2026 bei deutlich über 16 Millionen Euro.

Und gleichzeitig steuert die Stadt nach aktueller Finanzplanung auf eine Gesamtverschuldung von über 300 Millionen Euro im Jahr 2029 zu.

300 Millionen Euro. Diese Zahl steht im Raum. Und sie betrifft uns alle.

Denn hohe Schulden schränken den Handlungsspielraum einer Stadt dauerhaft ein.

Natürlich brauchen wir Investitionen.

In Schulen.

In Kitas.

In Infrastruktur.

In Klimaschutz.

Das stellt niemand in Frage.

Aber Investitionen müssen solide finanziert sein.

Wenn Kredite zur Regel werden, zahlen kommende Generationen die Rechnung. Das berühmte Wort der „Nachhaltigkeit“ habe ich in diesem Zusammenhang bereits mehrfach in den letzten Jahren ins Spiel gebracht.

Nachhaltigkeit sieht anders aus! Und genau deshalb braucht eine Stadt in einer solchen Situation vor allem eines:

Prioritäten.

An dieser Stelle ist ein Punkt wichtig, den wir inzwischen auch noch klarer benennen können.

Auf unsere Nachfrage hat die Kommunalaufsicht mitgeteilt:

Für Kommunen mit drohender Überschuldung gibt es über das Haushaltssicherungskonzept hinaus **keine weiteren landesrechtlichen Vorgaben.**

Und auch der Hinweis auf eine Prioritätenliste für Investitionen, die nach unserer Auffassung als zwingende Vorgabe and die Verwaltung zu verstehen war, war nach dieser Mail ausdrücklich nur **als Option oder Vorschlag gemeint – nicht als feste Vorgabe.**

Das muss man zur Kenntnis nehmen. Aber daraus darf niemand den falschen Schluss ziehen. Denn der entscheidende Satz in dieser Mail lautet:

Die Entscheidungshoheit über die Vorgehensweise und die Auswahl geeigneter Maßnahmen zum Haushaltssicherungskonzept liegt ausschließlich beim Rat der Stadt Ronnenberg.

Genau das ist der Punkt. Die Kommunalaufsicht nimmt uns die Verantwortung nicht ab. Sie schreibt uns nicht jeden einzelnen Schritt vor. Aber sie macht unmissverständlich klar:

Entscheiden müssen wir selbst.

Der Rat beschließt das Haushaltssicherungskonzept.

Der Rat trägt die Verantwortung.

Und deshalb kann sich hier niemand hinter der Verwaltung verstecken. Und niemand hinter der Kommunalaufsicht.

Und niemand hinter dem Hinweis, es gebe keine verbindliche Pflicht zur Prioritätenliste.

Wenn es keine starre Vorgabe gibt, dann ist das kein Freibrief. Dann ist das ein Auftrag an uns, endlich selbst politisch zu führen.

Die CDU-Fraktion hat deshalb bereits im Mai 2025 beantragt, im Haushalt klar zwischen Pflichtaufgaben und freiwilligen Leistungen zu unterscheiden.

Unser Ziel war einfach:

Ein ehrlicher Überblick.

Was ist gesetzlich vorgeschrieben?
Und wo gibt es politische Spielräume?

Dieser Antrag wurde von SPD und Grünen abgelehnt.

Damit bleibt eine zentrale Frage weiterhin offen:

Wo kann die Stadt überhaupt gegensteuern?

Dabei möchte ich eines deutlich sagen: Die CDU ist nicht gegen Investitionen. Auch wir wollen unsere Stadt weiterentwickeln. Auch wir unterstützen Projekte, die das Leben in Ronnenberg verbessern.

Zu diesen Projekten, die das Leben in Ronnenberg lebenswert machen, gehören zum Beispiel Dorfgemeinschaftshäuser, Jugendplätze oder auch ein neues Jugendzentrum.

Das können sinnvolle Projekte sein. Aber sie gehören zu den freiwilligen Aufgaben einer Kommune. Und freiwillige Aufgaben können nur umgesetzt werden, wenn die finanziellen Voraussetzungen stimmen.

Deshalb müssen wir priorisieren.

Zuerst kommen die Pflichtaufgaben. Erst danach können freiwillige Projekte folgen. Das ist keine Ablehnung dieser Projekte. Das ist verantwortungsvolle Reihenfolge.

Die CDU will diese Verantwortung tragen

Sie hat deshalb – übrigens im Vorfeld der Stellungnahme der Kommunalaufsicht – einen umfassenden Haushaltsbegleitantrag gestellt, der neben Einsparungen im täglichen Geschäftsablauf insbesondere die Priorisierung der in den kommenden Jahren vorgesehenen Investitionen und deren Umfang im Auge hat.

Wir sind dankbar, dass wir unsere Kolleginnen und Kollegen wenigsten in einigen kleinen Punkten überzeugen konnte. Im Wesentlichen haben wir aber immer gehört, dass nahezu alle Investitionen wichtig sind und wir bei diesen Investitionen auch „nicht an Qualität“ sparen dürfen.

Aber genau das ist doch der Punkt, den die Kommunalaufsicht „anregt“, nämlich zu prüfen, welche Investitionen verschoben werden können, ohne dass es zu dem berühmten Investitionsstau kommt, und gucken, wo wir beim ebenso berühmten „Ronnenberger Standard“ Abstriche machen können.

Die CDU ist der Auffassung, dass wir den im Herbst dieses Jahres zu wählenden neuen Rat und Bürgermeisterin bzw. Bürgermeister in ihrer Entscheidungsfreiheit nicht dadurch entscheidend einschränken sollten, dass wir gerade jetzt noch nicht mehr änderbare Beschlüsse zu Investitionsvorhaben treffen.

Wir wissen, es ist Wahljahr. Wir wissen, dass Wahlgeschenke Stimmen bringen und Sparvorschläge tendenziell Wählerstimmen kosten können. Dennoch wollen wir von der CDU – ich weiß, ich wiederhole mich jetzt – uns auch in diesem Jahr unserer Verantwortung für unsere Stadt und damit „unangenehmen Vorschlägen“ stellen.

Wie gesagt, Dorfgemeinschaftshäuser, Jugendplätze oder auch ein neues Jugendzentrum sind sinnvolle Projekte, aber bei all diesen Projekten stellt sich die grundsätzliche Frage, in welchem Umfang brauchen wir sie und warum gerade jetzt?

Verantwortung für unsere Stadt ist übrigens keine Einbahnstraße. Auch die CDU weiß, dass manchmal notwendig ist, Geld auszugeben.

So setzen wir uns massiv dafür ein, Ortsräte auch für die beiden größten Stadtteile Ronnenberg, nämlich Empelde und der Kernstadt Ronnenberg einzuführen, was nach Auffassung des Bürgermeisters zu erheblichen zusätzlichen Kosten, vor allem im Personalbereich führen würde.

Wir halten die Kostenschätzung des Bürgermeisters für deutlich überzogen, sind aber bereit, die wirklich erforderlichen Kosten als Kosten der direkten Demokratie, also Kosten für mehr Mitsprachemöglichkeiten in Kauf zu nehmen.

Unser Vorschlag ist deshalb: Der Rat entscheidet über das „Ob“ der Ortsräte. Das „Wie“, die Organisation muss dann die nächste Bürgermeisterin bzw. der nächste Bürgermeister regeln, sinnvoll und effizient.

Mehr Mitsprache darf nicht an überzogenen Kosten scheitern!

Wenn wir über Verwaltung sprechen, müssen wir letztlich auch über die Situation im Rathaus sprechen.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten viel für unsere Stadt.

Sie bearbeiten Anträge.

Sie begleiten Bauprojekte.

Sie kümmern sich um soziale Aufgaben.

Und sie stehen täglich im Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Gerade deshalb müssen wir auch eine andere Entwicklung ernst nehmen.

Die Zahl der Krankentage in der Stadtverwaltung ist in wenigen Jahren massiv gestiegen.

Von 9.405 Tagen im Jahr 2021 auf 16.281 Tage im Jahr 2025. Ein Anstieg von über 70 Prozent.

Solche Zahlen sind ein Warnsignal. Sie zeigen, dass wir genauer hinschauen müssen.

Auf Abläufe.

Auf Zuständigkeiten.

Auf Belastungen.

Und auch auf Führung.

Denn gute Verwaltung braucht nicht nur engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie braucht auch Strukturen, die tragen. Deshalb brauchen wir bessere Abläufe. Mehr Digitalisierung. Und auch den verantwortungsvollen Einsatz von Künstlicher Intelligenz.

Nicht als Ersatz für Mitarbeiter. Aber als Werkzeug. Zum Beispiel bei der Strukturierung von Anträgen. Bei der Zusammenfassung von Dokumenten. Oder bei der Vorbereitung von Schreiben.

Das spart Zeit. Zeit für fachliche Arbeit. Und Zeit für Bürgerkontakt.

Gerade in einer Verwaltung mit hoher Belastung kann das helfen. Nicht als Spielerei. Nicht als Selbstzweck. Sondern als praktische Unterstützung im Alltag mit dem übergeordneten Ziel, die Arbeitsumfang, das Arbeitsumfeld und damit die Zufriedenheit zu steigern, um zu versuchen, diesen Trend zu mehr und mehr Krankheitstagen umzukehren.

Meine Damen und Herren,

in dieser Debatte hören wir immer wieder ein Argument.

Man könne Verwaltung nicht mit Unternehmen vergleichen. Unternehmen wollten Gewinn erzielen. Verwaltungen arbeiteten für das Gemeinwohl.

Das stimmt. Aber daraus folgt nicht, dass wirtschaftliches Denken für eine Kommune zweitrangig wäre.

Im Gegenteil. Gerade weil wir mit Steuergeld arbeiten, sind Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit Pflicht.

Das ist nicht nur politischer Anspruch. Das ist gesetzlicher Auftrag.

Kostenbewusstsein, klare Prozesse, Kennzahlen, Controlling und Prioritätensetzung sind keine Werkzeuge nur für Unternehmen.

Es sind Werkzeuge guter Führung. Und genau deshalb brauchen wir Führung.

Eine Verwaltungsspitze,
die priorisiert,
die strukturiert,
die steuert
und die Verantwortung übernimmt.

Denn die Lage ist zu ernst für ein bloßes Weiter so.

Meine Damen und Herren,

am Ende dieser Debatte geht es nicht nur um Zahlen.

Es geht um Verantwortung.

Es geht darum, ob wir heute den Mut haben, offen auszusprechen, was Sache ist.

Wir haben ein strukturelles Defizit.

Wir haben steigende Schulden.

Wir haben bereits Bedarfszuweisungen des Landes.

Und wir haben noch immer keine ausreichende Priorisierung.

Wenn wir jetzt nicht handeln, wird der Handlungsspielraum dieser Stadt immer kleiner.

Dann entscheiden irgendwann nicht mehr wir über Prioritäten. Dann setzen andere die Grenzen für uns. Und genau das sollte niemand in diesem Rat wollen.

Ich möchte meinen Beitrag nicht schließen, ohne ausdrücklich unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihre Arbeit zu danken.

Unsere Kritik richtet sich nicht gegen sie. Ohne unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ohne unsere Teamleiterinnen und Teamleiter, ja sogar ohne die Arbeit unserer Fachbereichsleiter würde die Verwaltung nicht funktionieren können.

Unsere Kritik richtet sich an die politische Steuerung dieses Haushalts. Wir können nur hoffen, dass sich diese Situation spätestens mit der Neuwahl des Rates und einer neuen Bürgermeisterin bzw. eines neuen Bürgermeisters ändert.

Bis dahin jedoch kann die CDU-Fraktion dem Haushalt 2026 in der vorliegenden Form aus den besagten Gründen nicht zustimmen.

Vielen Dank.